

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **8.26**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.06.2022

Wien, am 08. Juni 2022

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 30. Juni 2022

Betriebe entlasten – Arbeit schaffen - Wohlstand sichern

Die angeblichen Versuche der Bundesregierung, die COVID-Pandemie und den Klimawandel mit teils völlig überambitionierten Maßnahmen zu bekämpfen und mit unüberlegten Embargos und Sanktionen dem eigenen Wirtschaftsstandort Österreich mehr zu schaden als Russland, setzen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zunehmend unter Druck. Die Folgen sind eine Rekordinflation, unterbrochene Lieferketten, Mangel an Rohstoffen, Produkten und Arbeitskräften. Für Unternehmer stehen in Zeiten eines spürbaren Fachkräftemangels immer weniger qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung, die wiederum ebenfalls durch explodierende Preise für Energie, Treibstoff, Lebensmittel, Wohnen usw. unter Druck geraten und bei massiver Inflation und sinkenden Reallöhnen ihr Auskommen finden müssen.

Mitschuld sind hier die in Österreich exorbitant hohen Lohnnebenkosten; eine Senkung derer würde 'mehr Netto vom Brutto' und damit mehr Bewegung am Arbeitsmarkt bedeuten. Mangelnde Qualifikationen von Arbeitssuchenden schwächen die Betriebe zusätzlich.

Die NoVA-Reform und eine CO2-Steuer haben lediglich einen einzigen Lenkungseffekt, nämlich dass KFZ-Lenker und die Transportwirtschaft in Zukunft mehr bezahlen müssen ohne dass das auch nur irgendeine Auswirkung auf das Weltklima hat. Dabei sind die Betriebe durch hohe Unternehmenssteuern im internationalen Wettbewerb ohnehin massiv benachteiligt; Körperschaftssteuern und Kalte Progression schwächen zusätzlich den Wirtschaftsstandort.

Die nachstehenden Delegierten stellen daher folgenden

ANTRAG:

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden aufgefordert, sich für faire Arbeitsbedingungen und gegen Belastungen der österreichischen Wirtschaft sowie für alltagstaugliche Bedingungen in der Arbeitswelt einzusetzen, da es im Interesse der Betriebe liegt, qualifizierte Arbeitnehmer gewinnen und halten zu können.

Dazu werden nachstehende Maßnahmen bei der Bundesregierung und den dafür zuständigen Stellen mit Vehemenz eingefordert.

Dazu gehört:

- Bürokratieabbau – Streichung von unnötigen Vorschriften und Gesetzen
- Senkung der Körperschaftssteuer auf unter 20%
- Senkung weiterer einkommensbezogener Steuern
- Besteuerung am Ort der Wertschöpfung auch für multinationale Konzerne
- Gleichstellung Eigenkapital – Fremdkapital
- Senkung der Lohnnebenkosten
- Rücknahme der NoVA Erhöhung
- Nein zu geplanter MÖSt.-Erhöhung
- Klare Absage an eine generelle LKW-Maut
- Deckelung bei Gebührenerhöhungen laut Inflation
- Maßvolle Umsetzung des Klimapakets „Fit for 55“
- Investitionsprämie für Maßnahmen zur CO2-Reduktion



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident



Michael Furtbauer
WP-Delegierter



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter